

06/06
ZivilR

KV-Nr.:

3219

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt) aus 10 Blatt und ist vollständig durchnummeriert.

Der Aufgabentext ist zu Beginn auf Vollständigkeit zu überprüfen.

RECHTSANWÄLTE NEUBAUER, HARENBROCK, RICHTER & PARTNER
KÖNIGSTRASSE 26, 47051 DUISBURG

JÖRG NEUBAUER
GERD HARENBROCK
DR. REINHOLD RICHTER
BRITTA REINN

An das
Amtsgericht Duisburg
König-Heinrich-Platz 1
47051 Duisburg



47051 DUISBURG
KÖNIGSTRASSE 26

TELEFON (0203) 7 90 35-0
TELEFAX (0203) 7 90 35-65

KONTEN:
SPARKASSE DUISBURG (BLZ 350 500 00) 143 553
COMMERZBANK DUISBURG (BLZ 350 400 38) 6 853 250
POSTBANK ESSEN (BLZ 360 100 43) 75 314-997

DATUM: 09.06.2005
SACHBEARBEITER/IN: RA Dr. Richter

KLAGE

des Herrn Wilfried Wegner, Nordhäuser Str. 18, 47259 Duisburg,

- Klägers -

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte Neubauer, Harenbrock, Richter & Partner in Duisburg
gegen

1. Herrn Thomas Petzoldt, Schulstraße 30, 47179 Duisburg,

- Beklagten zu 1) -

2. den AVH Agrarischen Versicherungsverein Hamm a.G., vertreten durch den Vorstand
Herrn Gerd Küttler, Herrn Uwe Reim, Herrn Jan Hegner, Herrn Wolfgang Meyer,
Widumstraße 21, 59065 Hamm,

- Beklagten zu 2) -

Namens und in Vollmacht des Klägers erheben wir Klage und beantragen zu erkennen:

Die Beklagten werden verurteilt, an den Kläger als Gesamtschuldner einen Betrag in Höhe von 750,- € zuzüglich 5 % Zinsen über dem jeweiligen Basiszins ab Rechtshängigkeit zu zahlen.

Für den Fall der Anordnung des schriftlichen Vorverfahrens wird beantragt, im Falle der Fristversäumung bzw. des Anerkenntnisses Versäumnis- bzw. Anerkenntnisurteil im schriftlichen Vorverfahren ohne mündliche Verhandlung zu erlassen.

Begründung:

Der Kläger macht gegen die Beklagten Schadensersatzansprüche aus einem Verkehrsunfall vom 14. Dezember 2004 geltend.

Der Kläger ist Eigentümer und Halter des Fahrzeuges Nissan Almera 5 T, 1,8 S N 16, Fahrzeug-Ident-Nr. KWXFBN17U0013483, amtl. Kennzeichen DU-XZ 618, Baujahr 2003.

Beweis: Im Bestreitensfall vorzulegender Fahrzeugschein und -brief.

Am 14. Dezember 2004 fuhr der Kläger mit diesem Pkw kurz nach 18.00 Uhr auf der Claubergstraße im Stadtzentrum von Duisburg. Er befuhr die Claubergstraße mit ca. 40 km/h.

Auf der Claubergstraße gilt eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h. Zum Unfallzeitpunkt waren - jedenfalls kurz vor der Einmündung zur Börsenstraße - beidseits parkende Fahrzeuge abgestellt. Kurz vor der Kreuzung bemerkte der Kläger im Scheinwerferlicht, dass ein Tier vom linken Bürgersteig über die Fahrbahn zum rechten Bürgersteig lief.

Der Kläger schätzte die Situation dabei so ein, dass es bei Fortsetzen seiner Fahrt zu einer Kollision mit diesem Tier gekommen wäre. In der Kürze der Zeit war es ihm nicht möglich, Überlegungen dazu anzustellen, ob er lieber eine Kollision mit dem Tier in Kauf nehmen solle oder gegebenenfalls einen Auffahrunfall mit dem nachfolgenden Fahrzeug riskieren sollte. Intuitiv trat der Kläger auf die Bremse und verringerte so die Geschwindigkeit seines Wagens, um eine Kollision mit dem die Fahrbahn querenden Tier zu vermeiden. Dies gelang dem Kläger auch. Aufgrund des Abbremsens des Klägers fuhr jedoch der nachfolgende Wagen auf das klägerische Fahrzeug auf. Bei dem nachfolgenden Fahrzeug handelte es sich um einen VW-Transporter mit dem amtl. Kennzeichen DU-H 666, dessen Fahrer und Halter der Beklagte zu 1) war.

Der Kläger und der Beklagte zu 1) hielten nach der Kollision ihrer Fahrzeuge an und tauschten die entsprechenden Angaben zur Regulierung des Schadens aus. Der Beklagte zu 2), der als Haftpflichtversicherer des o.g. Fahrzeuges kontaktiert wurde, wünschte die Begutachtung des Fahrzeuges bei einem Sachverständigen. Das darauf in Auftrag gegebene Gutachten wies Reparaturkosten in Höhe von 2.200,- € aus. Darüber hinaus sind in dem Gutachten die Reparaturdauer mit fünf Arbeitstagen und eine entsprechende, gemäß der einschlägigen Tabelle berechnete Nutzungsausfallpauschale von 40,- € pro Tag sowie eine Wertminderung von 580,- € festgehalten.

Beweis: Sachverständigengutachten, in Kopie als Anlage 1 anbei

Der Gesamtschaden stellt sich wie folgt dar:

Sachschaden am Pkw des Klägers	2.200,- €
Wertminderung	580,- €
Kosten des Gutachters	600,- €
Nutzungsausfallpauschale (5 Tage à 40,- €)	200,- €
Kostenpauschale	20,- €
<hr/> Zwischensumme	<hr/> 3.600,- €
Zahlung an den Sachverständigen	600,- €
abzüglich Zahlung an den Kläger	2.250,- €
<hr/> Offene Klagesumme	<hr/> 750,- €

Dieser Betrag entspricht dem Klageantrag. Berücksichtigt sind die durch den Beklagten zu 2) (leider ausdrücklich ohne Anerkennung einer Rechtspflicht) bereits an den Kläger geleisteten Zahlung und die Gutachterkosten, die der Beklagte zu 2) direkt an den Sachverständigen gezahlt hat. Die Nutzungsausfallpauschale wird geltend gemacht, da der Kläger sein Fahrzeug regelmäßig nutzt und während der Reparaturzeit genutzt hätte.

Die Reparaturkostenberechnung der Firma Autoland, bei der der Kläger sein Fahrzeug reparieren ließ, beläuft sich auf die in der Aufstellung benannten 2.200,- €.

Beweis: Rechnung Nr. 601749, vom 06.01.2005, in Kopie als Anlage 2 anbei

Der Beklagte zu 2) hat sich auf den Standpunkt zurückgezogen, dass den Kläger an dem Zustandekommen des Verkehrsunfalls ein Mitverschulden treffe und dieser demzufolge 25 % des entstandenen Schadens selbst zu tragen habe.

Beweis: Schreiben des Beklagten zu 2) vom 20.05.2005, in Kopie als Anlage 3 anbei

Dem Kläger ist auf keinen Fall ein Mitverschulden am Zustandekommen des Verkehrsunfalls anzulasten. Der Unfall ist durch die Unaufmerksamkeit des Beklagten zu 1) verursacht worden. Dem

Kläger war nicht zuzumuten, in einem Zeitraum von Bruchteilen von Sekunden zu entscheiden, ob er lieber eine Frontalkollision mit einem Tier oder lieber eine Heckkollision - für den Fall der Unachtsamkeit des nachfolgenden Fahrzeugführers - in Kauf nimmt. Dem Kläger verblieb nicht einmal die Zeit, den genauen Abstand zwischen seinem Fahrzeug und dem nachfolgenden Fahrzeug abzuschätzen. Der Kläger konnte im Scheinwerferlicht auch nicht zweifelsfrei erkennen, um was für ein Tier es sich handelte. Er konnte daher nicht abschätzen, ob die Frontkollision mit einem "trivialen Töten des Tieres" oder aber mit dem Sachschaden an seinem Pkw enden würde. In der gebotenen Kürze der Zeit konnte der Kläger lediglich einschätzen, dass es bei Beibehaltung seiner Fahrgeschwindigkeit zu einem Zusammenstoß kommen würde. Der Kläger entschied sich intuitiv dafür, sein Fahrzeug zu bremsen. Bei dem Tier hat es sich vermutlich um eine größere Rassekatze gehandelt.

Beweis: Parteivernehmung des Klägers

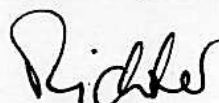
Für den Kläger war der Unfall daher unvermeidbar, da die Kollision mit dem Tier nur so zu verhindern war und der Kläger auf das Fahrverhalten des rückwärtigen Fahrzeuges keinerlei Einfluss hatte.

Für den Beklagten zu 1) war der Zusammenstoß in jedem Falle vermeidbar, da er sowohl nicht mit dem gebotenen Sicherheitsabstand als auch offensichtlich unaufmerksam fuhr, da er anderenfalls sowohl das Tier als auch das Bremsen des Klägers rechtzeitig bemerkt und sein Fahrverhalten darauf eingestellt hätte. Gerade dies hat der Beklagte zu 1) nicht getan, anderenfalls wäre es nicht zum vorliegenden Verkehrsunfall gekommen.

Der Verweis des Beklagten zu 2) auf ein Mitverschulden des Klägers ist deshalb nicht gerechtfertigt.

Die Beklagten sind daher antragsgemäß zu verurteilen.

Einfache und beglaubigte Abschriften sowie Kostenmarken nach einem vorläufigen Streitwert von 750,- € liegen an.



Dr. Richter
Rechtsanwalt

Hinweis des LJPA: Vom Abdruck der Anlagen 1, 2 und 3 wird abgesehen. Sie haben den vorgetragenen Inhalt.

20 C 217/05
AG Duisburg

Verfügung:

1. Das schriftliche Vorverfahren wird angeordnet.
2. Der beklagten Partei wird aufgegeben,
 - a) binnen einer Notfrist von zwei Wochen nach Zustellung der Klageschrift dem Gericht schriftlich anzuzeigen, ob sie sich gegen die Klage verteidigen will oder ob sie den Anspruch ganz oder teilweise anerkennt.
Die beklagte Partei wird darauf hingewiesen, dass bei nicht rechtzeitigem oder nicht formgerechtem Eingang der Anzeige auf Antrag der klagenden Partei gegen sie ein Versäumnisurteil im schriftlichen Verfahren erlassen werden kann (§§ 276 I, II, 331 III ZPO).
 - b) für den Fall, dass sie sich gegen die Klage verteidigen will, binnen einer weiteren Frist von zwei Wochen zur Klage schriftlich Stellung zu nehmen. Einzelne Einwendungen sind konkret unter Angabe von Beweismitteln, insbesondere namentliche Benennung von Zeugen und Vorlage der in Bezug genommenen Urkunden, vorzutragen.
- [...]
3. begl. Abschr. von Ziff. 1-2 an
 - a. Kläger bzw. Vertreter - formlos
 - b. Beklagten bzw. Vertreter - ZU/EB
mit einf. und begl. Abschriften der Klageschrift

Duisburg, den 17.06.2005



Welm,
Richterin am Amtsgericht

Hinweis des LJPA: Vom Abdruck der Verfügung des Amtsgericht im übrigen wird abgesehen. Sie ist für die Falllösung nicht von Bedeutung.

Anwaltskanzlei Monte, Amtsgerichtsstraße 11, 47119 Duisburg

An das
Amtsgericht Duisburg
Postfach 100110
47001 Duisburg



Amtsgerichtsstraße 11

Telefon (0203) 87365

Telefax (0203) 83657

Bürozeiten: 08.30 - 13.00 Uhr

15.00 - 18.00 Uhr

Sprechstunden: 15 - 18 Uhr und nach Vereinbarung

Bei Antwort und Zahlung bitte angeben

Wegner ./ Petzold - MO 257/05VU

01.07.2005

K l a g e e r w i d e r u n g

In Sachen

Wegner ./ Petzold u.a.

20 C 217/05

zeige ich an, dass ich die Beklagte zu 1. und zu 2. vertrete.

Ich werde beantragen,

die Klage abzuweisen.

Der geltend gemachte restliche Schadensersatzanspruch steht dem Kläger nicht zu, nachdem der Beklagte zu 2. unstreitig bereits 75 % des dem Kläger entstandenen Schadens erstattet hat. Da der Unfall für den Kläger kein unabwendbares Ereignis darstellt, hat er sich allein schon deswegen die üblicherweise mit 25% bemessene Betriebsgefahr seines Fahrzeuges anrechnen zu lassen. Hinzu kommt, dass der Kläger den Unfall auch schuldhaft mitverursacht hat, denn er hat entgegen der Regeln der StVO ohne zwingenden Grund stark gebremst. Nur wegen dieser plötzlichen und ungewöhnlich starken Bremsung, deren Anlass für den Beklagten zu 1. nicht erkennbar war, ist es zum - leichten - Auffahren des Beklagtenfahrzeuges gekommen.

Gebremst hat der Kläger unstreitig wegen einer Katze, wobei bestritten wird (was allerdings auch unerheblich ist), dass es sich um eine Rassekatze und nicht nur um eine einfache Hauskatze handelte.

Ausschlaggebend ist allein, dass es sich in jedem Fall um ein Kleintier handelte. Das Bremsen für ein derartiges Kleintier (Fuchs, Katze etc.) stellt einen Verstoß gegen geltendes Straßenverkehrsrecht dar, wenn dadurch - wie hier - die Verkehrssicherheit beeinträchtigt werden kann. Sofern der Kläger keine ausreichende Zeit hatte, sich durch Blick in den Rückspiegel davon zu vergewissern, dass sein starkes und plötzliches Bremsen den nachfolgenden Verkehr nicht gefährden konnte, hätte er nicht bremsen dürfen, sondern das Überfahren der Katze in Kauf nehmen müssen, wobei diesseits bestritten wird, dass der Kläger die Katze tatsächlich überfahren hätte, wenn er nicht oder nur weniger gebremst hätte.

Rechtsanwalt

RECHTSANWÄLTE NEUBAUER, HARENBROCK, RICHTER & PARTNER
KÖNIGSTRASSE 26, 47051 DUISBURG

An das
Amtsgericht Duisburg
König-Heinrich-Platz 1
47051 Duisburg



JÖRG NEUBAUER
GERD HARENBROCK
DR. REINHOLD RICHTER
BRITTA REINN

47051 DUISBURG
KÖNIGSTRASSE 26

TELEFON (0203) 7 90 35-0
TELEFAX (0203) 7 90 35-65

KONTEN:
SPARKASSE DUISBURG (BLZ 350 500 00) 143 553
COMMERZBANK DUISBURG (BLZ 350 400 38) 6 853 250
POSTBANK ESSEN (BLZ 360 100 43) 75 314-997

DATUM: 15.07.2005
SACHBEARBEITER/IN: RA Dr. Richter

In dem Rechtsstreit
Wegner ./ Petzold u.a.
- 20 C 217/05 -

wird nachfolgend zum Schriftsatz der Beklagten vom 01.07.2005 Stellung genommen:

Entgegen der Ansicht der Beklagten hat sich der Kläger keineswegs eine 25%ige Betriebsgefahr zurechnen zu lassen. Die Beklagten verkennen, dass der Unfall innerhalb einer geschlossenen Ortslage und sogar in einem Stadtzentrum stattgefunden hat. An solchen Stellen darf sehr wohl gebremst werden.

Bei dem Tier, welches in schnellem Lauf plötzlich von links nach rechts die Fahrbahn überquerte, handelte es sich keineswegs um ein Kleintier. Unter Kleintieren werden eine Wildente, eine Taube, ein Kaninchen, ein Eichhörnchen oder ein Igel verstanden. Das Tier, welches vor dem Kläger die Fahrbahn überquerte, war bei Weitem größer als eines der genannten Tiere.

Im Übrigen weisen wir nochmals darauf hin, dass der Auffahrunfall mit Deutlichkeit zeigt, dass der Beklagte zu 1) einen Abstand gewählt hatte, bei dem es ihm niemals möglich gewesen wäre, auf eine plötzlich veränderte Verkehrssituation entsprechend zu reagieren. Es ist kaum auszudenken, was passiert wäre, wenn möglicherweise ein kleines Kind plötzlich die Fahrbahn betreten hätte - der Beklagte zu 1) hätte mit seinem Fahrzeug den Kläger aufgrund fehlender Reaktion förmlich gegen das Kind geschoben.

Dr. Richter
Rechtsanwalt

Anwaltskanzlei Monte, Amtsgerichtsstraße 11, 47119 Duisburg

An das
Amtsgericht Duisburg
Postfach 100110
47001 Duisburg



Amtsgerichtsstraße 11

Telefon (0203) 87365
Telefax (0203) 83657

Bürozeiten: 08.30 - 13.00 Uhr
15.00 - 18.00 Uhr

Sprechstunden: 15 - 18 Uhr und nach Vereinbarung

Bei Antwort und Zahlung bitte angeben

Wegner ./ Petzold - MO 257/05VU

25.07.2005

In Sachen

Wegner ./ Petzoldt u.a.

- 20 C 217/05 -

argumentiert der Kläger widersprüchlich, wenn er einerseits einräumt, dass ihm eine (Rasse-) Katze vor das Auto gelaufen sei, andererseits jedoch bestreitet, dass es sich um ein Kleintier gehandelt habe. Nach gefestigter Rechtsprechung handelt es sich bei Füchsen, Katzen und auch kleineren Hunden noch um Kleintiere, die im Sinne der bereits erläuterten Rechtsauffassung kein Bremsen erlauben.

Rechtsanwalt

Öffentliche Sitzung des Amtsgerichts

Ort, Datum

Duisburg, den 13.09.2005

Geschäftsnummer: 20 C 217/05

Gegenwärtig:

Richterin am Amtsgericht Welm

als Richterin

Auf die Hinzuziehung eines Urkundsbeamten der Geschäftsstelle wurde verzichtet, vorläufig aufgezeichnet auf Tonträger gem. §§ 159, 160a ZPO.

In dem Rechtsstreit

Wegner ./ Petzold u.a.

erschieden bei Aufruf:

1. der Kläger in Person mit Rechtsanwalt Dr. Richter
2. der Beklagte zu 1) in Person und für beide Beklagte Rechtsanwalt Monte

Die Sache wurde zunächst zur Güte verhandelt. Ein Vergleich kam nicht zustande.

b.u.v.

Die mündliche Verhandlung schließt sich an. Der Kläger und der Beklagte zu 1) sollen gemäß § 141 ZPO persönlich zum Unfallhergang angehört werden.

Der Kläger, persönlich angehört, schildert sodann den Unfall wie folgt:

Am Unfalltag war ich im Stadtzentrum in Duisburg unterwegs. Ich befuhr von der Friedrich-Wilhelm-Straße kommend die Claubergstraße in Richtung Königstraße. Ich fuhr mit ca. 40 km/h. Von links lief dann ein Tier über die Straße. Ich bremste instinktiv. Es war ein stärkeres Bremsen als normal, aber keine Vollbremsung. Ich konnte das Tier zunächst nicht genau identifizieren, es sah zunächst aus wie ein Dachs. Es war auf jeden Fall größer als eine normale Katze. Ich erhielt dann von hinten einen Stoß gegen das Fahrzeug. Rechts ist ein Torweg, dort haben wir dann noch die Katze gesehen. Es war eine graumelierte Katze. Ich meine, die Katze war groß und wuschelig, wie eine Perserkatze. Die Katze war auf jeden Fall größer als eine normale Katze. Ob es eine reinrassige Rassekatze war, das weiß ich nicht. Die Lichtverhältnisse waren schlecht. Der Unfall ereignete sich kurz nach 18.00 Uhr und es war schon recht dunkel. Die Straße war trocken. Der Unfallschaden sah zunächst bei den schlechten Lichtverhältnissen gar nicht so groß aus, rechts war die Stoßstange beschädigt. In der Werkstatt wurde jedoch dann am anderen Tag fest gestellt, dass das Bodenblech zum Kofferraum hin gestaucht war. Die Spaltmaße rechts an der Tür stimmten nicht mehr.

Sodann wird der Beklagte zu 1.) angehört:

Ich fuhr in einem Abstand von ca. 15 m hinter dem Fahrzeug des Klägers her. Wir fuhren ca. 40 km/h. Als ich die Bremslichter sah, ging ich davon aus, dass er links oder rechts abbiegen wollte, aber nicht blinkte. Für mich stellte sich das als Vollbremsung dar. Ich habe auch noch versucht, eine Vollbremsung zu machen, es gelang mir jedoch nicht rechtzeitig zum Stehen zu kommen. Ich bin auf das klägerische Fahrzeug draufgerutscht. Ich bin dann ausgestiegen und zu dem Fahrzeug des Klägers gegangen und habe gefragt, warum er hier eine Vollbremsung macht, und er hat gesagt, dass er wegen einer Katze gebremst hat. Ich habe ihn dann gefragt, wo die Katze ist und wir haben dann eine graumelierte normale Haus- und Hofkatze gesehen. Zum Unfallzeitpunkt war es noch nicht ganz dunkel. Wir haben sogar unsere Papiere noch außerhalb des Fahrzeugs angesehen.

Der Klägervertreter stellte den Antrag aus der Klageschrift vom 09.06.2005.

Der Beklagtenvertreter stellte den Klageabweisungsantrag aus dem Schriftsatz vom 01.07.2005.

Mit diesen Anträgen verhandelten die Anwälte zur Sache und zur Beweisaufnahme.

b.u.v.:

Termin zur Verkündung einer Entscheidung wird anberaumt auf:

Dienstag, 04.10.2005, 12.00 Uhr, Saal 212.


Wehm,

Richterin am Amtsgericht

Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung des Gerichts ist vorzuschlagen. Zeitpunkt der Entscheidung ist der
04.10.2005.

Wird ein rechtlicher Hinweis für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass dieser ordnungsgemäß erfolgt ist.

Werden eine richterliche Aufklärung oder eine Beweiserhebung für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass diese ordnungsgemäß erfolgt und ohne Ergebnis geblieben sind.

Von einer Entscheidung über die Kosten, die vorläufige Vollstreckbarkeit und die Zulassung der Berufung ist abzusehen, soweit es sich dabei um Nebenentscheidungen handelt.

Kommt die Bearbeitung ganz oder teilweise zur Unzulässigkeit der Klage, so ist insoweit zur Begründetheit in einem Hilfgutachten Stellung zu nehmen.

Die Formalien (Ladungen, Zustellungen, Unterschriften, Vollmachten) sind in Ordnung.

Die Claubergstraße liegt im Bezirk des Landgerichts Duisburg und des Amtsgerichts Duisburg. Es ist zu unterstellen, dass die von den Parteien vorgetragene Beschreibung der Örtlichkeiten zutreffend ist.

Die Klage ist den Beklagten am 21.06.2005 zugestellt worden.

Prüfervermerk zum Aktenvortrag

ku 3219

Dem Aktenvortrag liegt die Austauschaufgabe

des Justizprüfungsamts des Freistaates Thüringen zu Grunde.

Textkontrolle: BGB, StVG, StVO, ZPO

I. Zulässigkeit:

Die Klage dürfte zulässig sein. Die sachliche Zuständigkeit des AG Duisburg folgt bei einem Streitwert von 750,- € aus § 23 Nr. 1 GVG. Die örtliche Zuständigkeit ergibt sich für den Beklagten zu 1) aus § 20 StVG bzw. § 32 ZPO. § 20 StVG und § 32 ZPO gelten auch bezüglich der Klage gegen den Beklagten zu 2. (vgl. Thomas/Putzo, ZPO, 26. Aufl. 2004, § 32 Rn. 2). Die Direkthaftung nach § 3 Nr. 1 PflVG begründet einen Anspruch, der überwiegend deliktsrechtlicher Natur ist bzw. einem solchen gleichzustellen ist.

II. Begründetheit

1. Ansprüche gegen den Beklagten zu 1)

Als Anspruchsgrundlage kommt § 7 Abs. 1 StVG in Betracht. Mit den hier eingetretenen Fahrzeugschäden liegt eine Sachbeschädigung beim Betrieb eines Kfz unproblematisch vor. Anspruchsteller nach § 7 Abs. 1 StVG ist der "Verletzte"; hier der Kläger als Eigentümer des beschädigten Kfz. Der Beklagte zu 1) ist auch Halter des Fahrzeugs, bei dessen Betrieb der Schaden eingetreten ist. Der Kläger hat dies schlicht als rechtliche Tatsache vorgetragen, die Beklagten haben dies nicht bestritten.

Dies ist allgemeiner Ansicht ausreichend; einfache und allgemeine Rechtsbegriffe des täglichen Lebens können von den Parteien als tatsächliche Behauptung gebraucht und zugestanden werden (OLG Koblenz, NJW RR 1993, 571 m.w.N. - steht den Kandidaten nicht zur Verfügung).

Der Unfall dürfte nicht gemäß § 7 Abs. 2 StVG durch höhere Gewalt verursacht worden sein. Höhere Gewalt ist ein außergewöhnliches, betriebsfremdes, von außen durch elementare Naturkräfte herbeigeführtes Ereignis, das mit wirtschaftlich erträglichen Mitteln auch durch nach den Umständen äußerste, vernünftigerweise zu erwartende Sorgfalt nicht verhütet werden kann und das auch nicht im Hinblick auf seine Häufigkeit in Kauf genommen zu werden braucht (Janiszewski/Jagow/Burmann-Burmann, Straßenverkehrsrecht, 18. Aufl. 2004, § 7 StVG Rn. 18 - steht den Kandidaten nicht zur Verfügung; vgl. aber Nachweise bei Palandt, BGB, 64. Aufl. 2005 unter "Höhere Gewalt" im Sachverzeichnis). Bei plötzlichen Bewegungen von Tieren ist diese Voraussetzung wohl nicht erfüllt, da höhere Gewalt unvorhersehbare Naturereignisse wie etwa Blitz, Erdbeben u.a. meint, während ein Wildwechsel oder Tierbewegungen ebenso wie etwa das plötzliche Hervortreten von Kindern nicht so außergewöhnlich sind, dass die Schwelle zur höheren Gewalt überschritten wäre. Bei derlei Gestaltungen bleibt Raum für persönliches Verschulden, wodurch höhere Gewalt ausgeschlossen ist (vgl. Palandt-Heinrichs, aaO, § 206 Rn. 4).

Mit entsprechender Begründung ist an dieser Stelle ggf. auch ein anderes Ergebnis vertretbar. Teilweise werden Tierunfälle in "tierfreien" Räumen unter den Begriff der höheren Gewalt subsumiert (vgl. Janiszewski/Jagow/Burmann-Burmann, aaO, § 7 StVG Rn. 19). Kandidaten, die diesen Ansatz bevorzugen, müssen sich - wie im weiteren Prüfervermerk dargestellt - ebenfalls mit den Umständen des Unfallgeschehens und den Besonderheiten des Unfallortes auseinandersetzen.

Nach der hier vertretenen Ansicht ist die Verpflichtung zum Ersatz und der Umfang der Ersatzpflicht, da zwei Kfz am Unfall beteiligt waren, gemäß § 17 Abs. 2 IVm. Abs. 1 StVG durch Abwägung der Betriebsgefahren und Mitverursachungsbeiträge der Unfallbeteiligten zu ermitteln.

Die Ersatzpflicht der Beklagten ist wohl nicht etwa deshalb gemäß § 17 Abs. 3 Satz 1 und 2 StVG ausgeschlossen, weil der Unfall aus der Sicht des Beklagten zu 1) ein unabwendbares Ereignis darstellt. Hiergegen dürfte schon der erste Anschein sprechen. Die Darlegungs- (und Beweis-)last für die Unabwendbarkeit des Unfalles tragen die Beklagten. Es kann offen bleiben, ob die von den Beklagten vorgetragenen Tatsachen (Abstand und Geschwindigkeit) für die Unabwendbarkeit sprechen. Denn fährt ein Hintermann auf das vorausfahrende Fahrzeug auf, ist davon auszugehen, dass der Hintermann keinen hinreichenden Sicherheitsabstand gehalten hat, § 4 Abs. 1 Satz 1 StVO, oder unaufmerksam war. Starkes Abbremsen des Vorausfahrenden allein erschüttert diesen Anschein nicht (vgl. hierzu Janiszewski/Jagow/Burmann-Burmann, aaO, § 4 StVO Rn. 24). Das vom Beklagten zu 1) in seiner persönlichen Anhörung geschilderte Unfallgeschehen spricht auch nicht für einen atypischen Geschehensablauf, sondern eben für einen typischen Auffahrunfall.

Im Rahmen der Abwägung fließt grundsätzlich die Betriebsgefahr der beteiligten Fahrzeuge ein.

Eine Befreiung von der Einstandspflicht für die Betriebsgefahr des klägerischen Fahrzeugs kommt wohl nicht in Frage, da der Kläger den ihm insoweit obliegenden Unabwendbarkeitsbeweis nicht angetreten hat. Er hat für seine Behauptung, nur durch sein Bremsen die Kollision mit dem Tier verhindert zu haben, keinen Beweis angetreten. Soweit er sich darauf beruft, dass sein Bremsvorgang eine intuitive Reaktion gewesen sei, vermag ihn dies nicht zu entlasten. Der Kläger räumt ein, als Hindernis ein Tier erkannt zu haben. Es ist nicht auszuschließen, dass ein äußerst umsichtiger und besonders vorsichtiger Fahrer an seiner Stelle durch ein schnelles Erfassen der Situation die Gefährdung des nachfolgenden Verkehrs vermieden hätte, wobei es angesichts der Schnelligkeit einer Katze ggf. genügt hätte, die Geschwindigkeit durch Wegnehmen des Gases zu reduzieren oder die Hupe zu betätigen.

Bei der Festlegung der Mithaftungsquote ist zudem zu prüfen, ob sich bei der Unfallentstehung neben der Betriebsgefahr noch ein Fahrfehler des Klägers auswirkt. Der Kläger könnte gegen § 4 Abs. 1 Satz 2 StVO verstoßen haben. Der Kläger, der in seiner Anhörung selbst von einem "stärkeren Bremsen als normal" spricht, hat möglicherweise ohne zwingenden Grund stark gebremst. Ein zwingender Grund zum Bremsen besteht, wenn andernfalls andere oder der Bremsende gefährdet würde (Janiszewski/Jagow/Burmann-Burmann, aaO, § 4 StVO Rn. 16). Allerdings müssen die Gründe; aus denen gebremst wird, dem Schutzgegenstand des Bremsverbotes mindestens gleichwertig sein. Ob und ggf. unter welchen Voraussetzungen wegen eines Tieres stark gebremst werden darf, ist in der Rechtsprechung und Literatur umstritten (vgl. zum Meinungsstand vgl. Janiszewski/Jagow/Burmann-Burmann, aaO, § 4 StVO Rn. 17 m.w.N.). Es werden unterschiedliche Differenzierungskriterien angeboten, mit denen sich die Kandidaten im Rahmen einer Güterabwägung auseinandersetzen können: etwa der Wert und die Größe des Tieres sowie die Besonderheiten der Unfallörtlichkeiten (KG Berlin, DAR 2001, 122) oder der Sicherheitsabstand des Nachfolgenden (LG Zweibrücken VRS Bd. 78, 327 - stehen den Kandidaten nicht zur Verfügung).

Kandidaten, die einen Verstoß gegen § 4 Abs. 1 Satz 2 StVO verneinen, müssen sich wohl mit der Frage auseinandersetzen, ob die einfache Betriebsgefahr des Fahrzeugs des Klägers hinter dem erheblichen Verschulden des Beklagten zu 1), dessen Alleinschuld nach dem oben Gesagten vermutet wird, zurücktritt. Mit entsprechender Begründung können die Kandidaten auch hier verschiedene Auffassungen vertreten.

Sämtliche geltend gemachte Schäden sind unproblematisch ersatzfähig. Die Ersatzfähigkeit des Sachschadens am Kfz des Klägers ergibt sich aus § 249 Abs. 2 BGB. Die Wertminderung ist nach § 251 Abs. 1 BGB ersatzfähig. Der vom Kläger vorgetragene Minderwert ist unstreitig. Gleiches gilt für die Nutzungsentschädigung und die Unkostenpauschale.

Kandidaten, die einen Anspruch aus § 7 StVG ablehnen, sollten kurz auf die gemäß § 16 StVG daneben möglichen deliktischen Ansprüche aus § 823 Abs. 1 BGB und § 823 Abs. 2 BGB IVm. § 4 Abs. 1 Satz 1 StVO eingehen. Da § 17 Abs. 2 IVm. Abs. 1 StVG auch hier anwendbar sind, wird man jedoch zum selben Ergebnis kommen.

Der Kläger kann aus § 291 BGB ab dem 21.06.2005 Rechtshängigkeitszinsen aus dem zugesprochenen Betrag verlangen.

2. Ansprüche gegen den Beklagten zu 2)

Gemäß § 3 Nr. 1, 2 PflVG haftet der Beklagte zu 2) im gleichen Umfang wie der Beklagte zu 1), und zwar als Gesamtschuldner neben ihm.

III. Entscheidung des Gerichts

Übersteigt die von den Kandidaten gefundene Quote zu Gunsten des Klägers den Satz von $\frac{3}{4}$, so ist der Klage in entsprechender Höhe (teilweise) stattzugeben. Ansonsten ist sie abzuweisen.